

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	28. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	20. September 2016, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

15.

Punkt 15 der Tagesordnung: Beitritt zur Weinheimer Initiative

Vorlage: 2016/0454

dazu:

Personal- bzw. Arbeitsaufwand bei Beitritten zu Initiativen

Gemeinsamer Zusatzantrag des Stadtrats Tom Høyem (FDP) sowie der FDP-Gemeinderatsfraktion, der Stadträte Friedemann Kalmbach und Eduardo Mossuto (GfK), Jürgen Wenzel (FW) und Stefan Schmitt (pl) vom

19. September 2016

Vorlage: 2016/0554

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Mitgliedschaft bei der Arbeitsgemeinschaft Weinheimer Initiative.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 15 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Hauptausschuss:

Ich rufe auch auf den Zusatzantrag der FDP-Fraktion, GfK, Freie Wähler und Herrn Stadtrat Schmitt. Gibt es da Wortmeldungen? - Herr Stadtrat Dr. Schmidt.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Ich bin jetzt ein bisschen überrascht, dass ich hier als Erster reden darf.

(**Der Vorsitzende:** Sie müssen nicht.)

Wir haben die Anträge gesehen und sehen es ähnlich wie die FDP. Das Problem bei diesen Initiativen ist, dass wir nicht wissen, was es an zusätzlicher Arbeit für die Stadt bedeutet. Wir sehen nur, dass es ein paar tausend Euro kostet. Wir wissen nicht, wie viel Stellen es bei der Stadt bindet. Wenn wir die Stellen bei der Stadt und auch bei den städtischen GmbH's nehmen, dann sehen wir, dass die Anzahl der Stellen von Jahr zu

Jahr konstant zunimmt. Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung müssen wir besonders darauf achten, nicht immer mehr Stellen aufzubauen, weil es einfach auf die Dauer zu teuer wird.

Bei dieser Initiative haben wir den Eindruck, dass da die Stadt eine zusätzliche Aufgabe übernimmt, die bereits erledigt wird, und zwar von der Arbeitsagentur. Die Arbeitsagentur unterhält extra für Schüler, für Berufsanfänger am Ende ihrer Ausbildung eine Beratungsstelle in jeder Stadt. Man kann als Betroffener da hinkommen, sich anmelden, man kann Tests machen, man kriegt Beratungsgespräche. So lange man noch keinen Job hat, bleibt man auch in der Kartei und wird immer wieder angeschrieben, und es wird nachgefragt, ob zusätzlicher Bedarf besteht. Das Problem, das hier noch einmal durch die Stadt gelöst werden soll, ist bereits gelöst durch die Bundesarbeitsagenturen. Deswegen sehen wir keinen Grund, an der Stelle, gerade vor dem Hintergrund der Haushaltskonsolidierung, noch zusätzliche Aufgaben zu übernehmen, die bereits erledigt werden.

Stadtrat Kalmbach (GfK): Jetzt bin ich mir gar nicht sicher, ob ich beim richtigen Punkt bin, nachdem was mein Vorredner gesagt hat. Wir sind doch beim Beitritt zur Weinheimer Initiative? Okay, wunderbar.

Wir bekommen hier eine schöne Vorlage. Da steht unten drunter bei finanziellen Auswirkungen: nein. Es ist ganz klar, dass bei so einem Beitritt eine ganze Menge städtischer Mitarbeiter damit beschäftigt sind und somit eine Arbeitsverdichtung da ist. Auch entstehen hier Kosten, die hier mit null beziffert sind. Deswegen ist es uns von der Zählgemeinschaft wichtig. Sie wissen, wer zur Zählgemeinschaft gehört. Nicht? Also FDP, GfK, die Freien Wähler und Stadtrat Schmitt. Wir sind der Meinung, dass das aufgelistet werden muss. Dazu gehört, dass wir sauber abstimmen können. In Zukunft würden wir uns wünschen, die Verwaltung hat es freundlicherweise sofort auch zugesagt, dass hier diese Kosten ausgewiesen werden. So können wir verantwortlich entscheiden. Das wird in Zukunft eine gute Sache.

Ich möchte es noch ein bisschen ausweiten, gerade aus der Situation heraus geboten. Wir hatten vorhin den Punkt Lebensqualität in Karlsruhe. Auch solche Dinge sind mit unglaublichen Kosten verbunden. Wir haben dies nicht angesprochen, als es um Sparmaßnahmen ging. Wir bekommen das regelmäßig. Auch bei solchen Dingen müssten wir eigentlich wissen, wie teuer sie uns kommen und was ziehen wir im Endeffekt wirklich raus. Insofern auch meine Anregung hier, solche Umfragen - so schön sie sind, wir haben oft solche Umfragen - anzugucken, welche sind wirklich sinnvoll, welche helfen uns weiter Maßnahmen zu ergreifen für die Zukunft, um das vom finanziellen Aufwand her verantwortlich zu betreiben.

Stadtrat Wohlfel (KULT): Ich wollte nur sagen, dass wir sowohl den Antrag begrüßen als auch den Antrag von der Zählgemeinschaft. Da hätte auch die KULT sehr gut darunter stehen können.

Zur angesprochenen Personalsteigerung durch mehr Aufgaben: Im Grunde stimmt dies, allerdings muss man auch sehen im Beteiligungsbericht später, da hatten wir 1995 als Gesamt-Stadtverwaltung 10.000 Mitarbeiter, jetzt haben wir 11.500. Das ist jetzt auch

nicht so der wahnsinnig große Zuwachs im Laufe von 20 Jahre. Allerdings muss man auch sagen, ein Großteil davon war in den jüngeren Jahren. Wenn das so weitergeht, ist es in der Tat ein Problem. Dazu später mehr.

Der Vorsitzende: Ich möchte Ihnen noch widersprechen, Herr Dr. Schmidt. Die Angebote der Arbeitsagentur, Sie haben es richtigerweise dargestellt, werden vor allem von denen genutzt, die von sich aus auf die Agentur zugehen und hier eine Dienstleistung und eine Beratung in Anspruch nehmen. Wir haben das Problem, dass es durchaus Schulabgänger gibt, zum Teil auch ohne Abschluss, die dann erst mal verschwinden. Da wir auch datenrechtlich große Probleme haben, Daten von Schulabgängern in eine Institution zu geben, um dann die Jugendlichen zu begleiten beim Weg in die Lehre oder was immer sie dann tun, fallen diese Jugendlichen mitunter erst sehr spät auf, wenn sie in irgendeiner Statistik auftauchen oder sie sonst irgendwie auffällig sind. Das wird in der Weinheimer Initiative als ein großes Thema behandelt. Es ist wichtig zu versuchen, wie kann ich mit den Jugendlichen Begleitungen und Beziehungen aufbauen, die über die Schule hinweg sicherstellen, dass irgendeine öffentliche Institution mitbekommt, dass sie entweder gar nicht bei der Lehrstelle ankommen, erst gar keine Lehrstelle haben oder wie auch immer. Je früher man dort versuchen kann zu begleiten, umso weniger verfestigt sich ein Zustand, von dem es immer schwerer ist, wieder runter zu kommen. Das wird sicherlich hier noch einmal ein separates Thema werden, denn da gibt es ganz interessante Ansätze in anderen Städten. Wir werden uns irgendwann mal entscheiden müssen, welche dieser Ansätze wir hier einführen. Das noch zu dem Fachlichen.

Jetzt kommen wir zur Entscheidung. Ich bitte Sie jetzt in den nächsten 10 Sekunden um die entsprechende Mitteilung. - Das ist eine überwiegende Mehrheit.

Tagesordnungspunkt 16 ist ja der neue Tagesordnungspunkt 50 im nichtöffentlichen Teil. Etwas früher als Sie es sonst erwarten, würde ich jetzt die Sitzung unterbrechen. Sie machen um viertel vor sieben weiter unter Leitung des Herrn Ersten Bürgermeister. Ich muss jetzt den Ministerpräsidenten begrüßen. Ich wünsche einen schönen Abend und weiter konstruktive Beratungen.

(Unterbrechung der Sitzung von 18:12 bis 18:46 Uhr.)

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
5. Oktober 2016